

tungen zu organisieren, die ihr Engagement deutlich machen, und Persönlichkeiten des Sports für eine diesbezügliche Unterstützung zu gewinnen;

4. *bittet* die Regierungen, die Vereinten Nationen, ihre Fonds und Programme, gegebenenfalls die Sonderorganisationen sowie die mit Sport befassten Institutionen *außerdem*,

a) die Rolle des Sports und der Leibeserziehung für alle im Rahmen ihrer Entwicklungsprogramme und -politiken zu fördern, um das Gesundheitsbewusstsein, die Leistungsbereitschaft und den kulturellen Brückenschlag zu verstärken und gemeinschaftliche Werte zu verankern;

b) Sport und Leibeserziehung als Instrument zu verwenden, das zur Verwirklichung der international vereinbarten Entwicklungsziele, einschließlich der in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen²⁹ enthaltenen, sowie der breiteren Ziele der Entwicklung und des Friedens beiträgt;

c) sich gemeinschaftlich dafür einzusetzen, dass Sport und Leibeserziehung Chancen für Solidarität und Zusammenarbeit bieten, um eine Kultur des Friedens sowie die soziale Ausgewogenheit und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern und für Dialog und Harmonie einzutreten;

d) den Beitrag von Sport und Leibeserziehung zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung anzuerkennen und den Aufbau beziehungsweise die Wiederherstellung von Sportinfrastruktur zu fördern;

e) auf der Grundlage des vor Ort ermittelten Bedarfs Sport und Leibeserziehung als Instrument zur Verbesserung der Gesundheit, der Bildung, der sozialen und kulturellen Entwicklung und der ökologischen Nachhaltigkeit weiter zu fördern;

f) die Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen allen Akteuren einschließlich Familien, Schulen, Vereinen/Ligen, Kommunen, Jugendsportverbänden und Entscheidungsträgern sowie des öffentlichen und privaten Sektors zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass sie sich gegenseitig ergänzen und dass Sport und Leibeserziehung allen zur Verfügung stehen;

g) sicherzustellen, dass junge Talente ihr athletisches Potenzial ohne jede Gefährdung ihrer Sicherheit und ihrer körperlichen und sittlichen Unversehrtheit entwickeln können;

5. *ermutigt* die Regierungen, die internationalen Sportgremien und die mit Sport befassten Organisationen, Partnerschaftsinitiativen und Entwicklungsprojekte auszuarbeiten und durchzuführen, die mit der auf allen Bildungsebenen vermittelten Erziehung vereinbar sind, um zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele beizutragen;

6. *bittet* die Regierungen und die internationalen Sportgremien, die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwick-

lungsländer, bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, Kapazitäten für Sport und Leibeserziehung aufzubauen;

7. *legt* den Vereinten Nationen *nahe*, strategische Partnerschaften mit den vielfältigen Interessengruppen im Bereich des Sports aufzubauen, einschließlich der Sportorganisationen, der Sportverbände und des Privatsektors, um die Durchführung von Programmen für Sport im Dienste der Entwicklung zu unterstützen;

8. *legt* den Regierungen und dem System der Vereinten Nationen *nahe*, neue und innovative Wege zu erkunden, wie der Sport für die Kommunikation und die gesellschaftliche Mobilisierung eingesetzt werden kann, insbesondere auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, indem die Zivilgesellschaft zur aktiven Mitwirkung bewegt und sichergestellt wird, dass die jeweiligen Zielgruppen erreicht werden;

9. *erkennt an*, dass die Olympischen Spiele zur Verständigung zwischen den Völkern und Kulturen beitragen, und begrüßt in dieser Hinsicht den Beitrag der 2004 in Athen abgehaltenen Olympischen Spiele;

10. *betont*, dass alle Parteien eng mit den internationalen Sportgremien zusammenarbeiten müssen, um einen "Kodex bewährter Praktiken" auszuarbeiten;

11. *bittet* die Regierungen, die Ausarbeitung eines internationalen Anti-Doping-Übereinkommens für alle sportlichen Aktivitäten zu beschleunigen, und ersucht die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen internationalen und regionalen Organisationen die Ausarbeitung eines solchen Übereinkommens zu koordinieren;

12. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechzigsten Tagung unter dem Punkt "Internationales Jahr des Sports und der Leibeserziehung" über die Durchführung dieser Resolution und über die 2005 zur Begehung des Jahres auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene organisierten Veranstaltungen Bericht zu erstatten.

RESOLUTION 59/11

Verabschiedet auf der 44. Plenarsitzung am 28. Oktober 2004, in einer ungezeichneten Abstimmung mit 179 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung*, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/59/L.2, eingebracht von Kuba.

* *Dafür:* Afghanistan, Ägypten, Albanien, Algerien, Andorra, Angola, Antigua und Barbuda, Äquatorialguinea, Argentinien, Armenien, Aserbaidschan, Äthiopien, Australien, Bahamas, Bahrain, Bangladesch, Barbados, Belarus, Belgien, Belize, Benin, Bhutan, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Botsuana, Brasilien, Brunei Darussalam, Bulgarien, Burkina Faso, Burundi, Chile, China, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Dänemark, Demokratische Republik Kongo, Demokratische Volksrepublik Korea, Deutschland, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, Ecuador, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Eritrea, Estland, Fidschi, Finnland, Frankreich, Gabun, Gambia, Georgien, Ghana, Grenada, Griechenland, Guatemala, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Honduras, Indien, Indonesien, Iran (Islamische Republik), Irland, Island, Italien, Jamaika, Japan, Jemen, Jordanien, Kambodscha, Kamerun, Kanada, Kap Verde, Kasachstan, Katar, Kenia, Kirgisistan, Kiribati, Kolumbien, Komoren, Kongo, Kroatien, Kuba, Kuwait, Laotische Volksdemokratische Republik, Lesotho, Lettland, Libanon, Liberia, Libysch-Arabisches Dschamahirija, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Madagaskar, Malawi, Malaysia, Malediven, Mali, Malta, Mauretanien, Mauritius,

²⁹ Siehe Resolution 55/2.

Mexiko, Monaco, Mongolei, Mosambik, Myanmar, Namibia, Nauru, Nepal, Neuseeland, Niederlande, Niger, Nigeria, Norwegen, Oman, Österreich, Pakistan, Panama, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Republik Korea, Republik Moldau, Ruanda, Rumänien, Russische Föderation, Salomonen, Sambia, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Senegal, Serbien und Montenegro, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Singapur, Slowakei, Slowenien, Somalia, Spanien, Sri Lanka, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika, Sudan, Suriname, Swasiland, Syrische Arabische Republik, Tadschikistan, Thailand, Timor-Leste, Togo, Tonga, Trinidad und Tobago, Tschechische Republik, Tunesien, Türkei, Turkmenistan, Tuvalu, Uganda, Ukraine, Ungarn, Uruguay, Venezuela (Bolivarische Republik), Vereinigte Arabische Emirate, Vereinigte Republik Tansania, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vietnam, Zentralafrikanische Republik, Zypern.

Dagegen: Israel, Marshallinseln, Palau, Vereinigte Staaten von Amerika.

Enthaltung: Mikronesien (Föderierte Staaten von).

59/11. Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade

Die Generalversammlung,

entschlossen, die strikte Achtung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze zu fördern,

unter Bekräftigung, neben anderen Grundsätzen, der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichtintervention und Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten sowie der Freiheit des internationalen Handels und der internationalen Schifffahrt, die außerdem in zahlreichen internationalen Rechtsakten verankert sind,

unter Hinweis auf die auf den iberamerikanischen Gipfeltreffen abgegebenen Erklärungen der Staats- und Regierungschefs betreffend die Notwendigkeit, die einseitige Anwendung von die Freiheit des internationalen Handels beeinträchtigenden Wirtschafts- und Handelsmaßnahmen durch einen Staat gegen einen anderen Staat zu beenden,

besorgt darüber, dass Mitgliedstaaten nach wie vor Gesetze und andere Vorschriften erlassen und anwenden, wie das am 12. März 1996 erlassene sogenannte "Helms-Burton-Gesetz", deren extraterritoriale Auswirkungen die Souveränität anderer Staaten, die legitimen Interessen von ihrer Rechtshoheit unterstehenden juristischen oder natürlichen Personen sowie die Freiheit des Handels und der Schifffahrt beeinträchtigen,

Kenntnis nehmend von den Erklärungen und Resolutionen verschiedener zwischenstaatlicher Foren, Organe und Regierungen, in denen zum Ausdruck kommt, dass die internationale Gemeinschaft und die öffentliche Meinung den Erlass und die Anwendung derartiger Rechtsvorschriften zurückweisen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 47/19 vom 24. November 1992, 48/16 vom 3. November 1993, 49/9 vom 26. Oktober 1994, 50/10 vom 2. November 1995, 51/17 vom 12. November 1996, 52/10 vom 5. November 1997, 53/4 vom 14. Oktober 1998, 54/21 vom 9. November 1999, 55/20 vom 9. November 2000, 56/9 vom 27. November 2001, 57/11 vom 12. November 2002 und 58/7 vom 4. November 2003,

besorgt darüber, dass seit der Verabschiedung ihrer Resolutionen 47/19, 48/16, 49/9, 50/10, 51/17, 52/10, 53/4, 54/21, 55/20, 56/9, 57/11 und 58/7 weitere derartige Maßnahmen, die darauf abzielen, die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba zu verstärken und auszuweiten, erlassen wurden und weiter angewandt werden, sowie besorgt über die nachteiligen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die kubanische Bevölkerung und auf kubanische Staatsangehörige, die in anderen Ländern leben,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution 58/7³⁰;

2. *wiederholt ihre Aufforderung* an alle Staaten, gemäß ihren Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht, worin unter anderem die Freiheit des Handels und der Schifffahrt festgeschrieben ist, den Erlass und die Anwendung von Gesetzen und Maßnahmen von der Art, wie sie in der Präambel dieser Resolution genannt werden, zu unterlassen;

3. *richtet erneut die dringende Aufforderung* an die Staaten, in denen solche Gesetze und Maßnahmen bestehen und nach wie vor angewandt werden, so bald wie möglich und in Übereinstimmung mit ihrer Rechtsordnung die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um sie aufzuheben oder außer Kraft zu setzen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit den zuständigen Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution, unter Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze der Charta und des Völkerrechts, auszuarbeiten und ihn der Generalversammlung auf ihrer sechzigsten Tagung vorzulegen;

5. *beschließt,* den Punkt "Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechzigsten Tagung aufzunehmen.

RESOLUTION 59/18

Verabschiedet auf der 48. Plenarsitzung am 1. November 2004, in einer aufgezeichneten Abstimmung mit 123 Stimmen bei 1 Gegenstimme und keiner Enthaltung*, auf der Grundlage des Resolutionsentwurfs A/59/L.18 und Add.1, eingebracht von: Ägypten, Andorra, Argentinien, Armenien, Australien, Belarus, Belgien, Bolivien, Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Bulgarien, Chile, Dänemark, Deutschland, Ecuador, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Kasachstan, Kolumbien, Kroatien, Kuwait, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Mexiko, Monaco, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Republik Korea, Republik Moldau, Rumänien, Russische Föderation, Schweden, Schweiz, Serbien und Montenegro, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Thailand, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Uruguay, Venezuela (Bolivarische Republik), Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika, Zypern.

³⁰ A/59/302 (Teile I und II).